



## Antrag Nr. 2

der Fraktion „Freiheitliche Arbeitnehmer“  
an die 183. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
am 27. Mai 2025

### **Keine Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionistinnen und Pensionisten**

**Die 183. Vollversammlung der Kammer für Arbeit und Angestellte für Wien möge sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, die ab 1. Juni 2025 geplante Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionistinnen und Pensionisten zurückzunehmen.**

#### Begründung:

Die geplante Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionistinnen und Pensionisten von 5,1 Prozent auf 6 Prozent stellt eine erhebliche Belastung für eine Bevölkerungsgruppe dar, die oft mit begrenzten finanziellen Mitteln auskommen muss. Diese geplante Maßnahme der Bundesregierung ist nicht nur sozial ungerecht, sondern auch wirtschaftlich kontraproduktiv. Durch ihre Arbeit, ihre Steuerleistung, das Großziehen von Kindern und viele Aktivitäten im Sinne des Gemeinwohls (z.B. ehrenamtliche Tätigkeiten, Pflege, etc.) haben unsere Pensionistinnen und Pensionisten ihr Leben lang zur Entwicklung und Stabilität unserer Wirtschaft und Gesellschaft beigetragen. Es ist daher unsere Pflicht, ihnen einen Ruhestand in finanzieller Sicherheit und Würde zu gewährleisten. Die Erhöhung der KV-Beiträge bringt viele Bezieher kleinerer Pensionen in eine prekäre finanzielle Lage und fördert eine soziale Ungleichheit.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf, die geplante Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionistinnen und Pensionisten zurückzunehmen und alternative Lösungen zu erarbeiten, um das Budgetdefizit zu senken und die steigenden Kosten der Gesundheitsversorgung abzufedern. Einsparungen wie z.B. weniger Ministerposten und Staatssekretäre oder die Rücknahme vieler Subventionen sind mögliche Ansätze. Eine nachhaltige Finanzierung des Staatshaushalts muss ohne eine Belastung der Schwächsten unserer Gesellschaft erfolgen! Treten wir als Vertreter der Arbeitnehmer gemeinsam für eine Gesellschaft ein, die ihre älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger für deren Lebensleistung respektiert und entsprechend schützt.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich